



Haushaltsrede 2022  
- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Frau Landrätin,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
verehrte Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, des Eigenbetriebes und der  
Presse,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

182,7 Mio. Euro, Platz 1 der unterfränkischen Kommunen gesehen in  
Euro/Einwohner. Sie alle wissen, ich spreche von der Umlagekraft des Landkreises  
Main-Spessart. Eine weitere Steigerung von 18,8 %. Alles in bester Ordnung, sollte  
man denken. Doch es lohnt ein genauerer Blick. Und hier lassen sich schnell zwei  
Dinge feststellen:

1. Die erwähnte Steigerung ist fast ausschließlich auf die durch einen  
Einmaleffekt deutlich gestiegene Gewerbesteuerkraftzahl der Stadt  
Marktheidenfeld zurückzuführen.
2. Die Gewerbesteuerausgleichszahlungen des Freistaates Bayern an seine  
Kommunen. So wurden in einer ersten Abschlagszahlung 200 Mio. Euro  
ausgezahlt. Eine Spitzabrechnung bis zum 28.02. steht hier noch an.

Wie wäre die Situation also ohne diese beiden Effekte? Die Umlagekraft würde die  
eigene Wahrnehmung sicher realistischer skizzieren.

Nach wie vor kämpfen viele Gewerbetreibende in unserer Region mit den  
Auswirkungen der Pandemie. Gerade der Einzelhandel und die Tourismusbranche  
verzeichnen nach wie vor erhebliche Umsatzeinbußen, die auch durch die vielen  
Hilfsprogramme nicht kompensiert werden können. Zeitgleich verstärkt sich der  
Mangel an Fach- und Arbeitskräften. Diese Situation betrifft auch das Handwerk.  
Nicht zu vergessen, die steigenden Energie- und Materialkosten, die sich auch auf  
die Baupreise auswirken.

In unserem Flächenlandkreis ist es wichtig, die Strukturen in der Breite und nicht nur  
zentral zu stärken! Daher begrüßen wir als SPD-Fraktion die vernetzende Tätigkeit  
des Landkreises bei der Aktion „Main-Spessart rollt den roten Teppich aus“. Die  
regionale Wirtschaftsförderung hat seit der Kommunalwahl 2020 einen deutlich  
größeren Stellenwert eingenommen. Das muss so bleiben.

In einem Haushalt bildet sich auf die Zahlen reduziert so manches ab:  
Zum einen zahlreiche Pflichtaufgaben, zum anderen aber auch Kosten, die aus den  
von den Fraktionen eingebrachten und vom Gremium beschlossenen Anträgen

resultieren. Alle Maßnahmen gilt es zu finanzieren und gleichzeitig dauerhaft leistungsfähig zu bleiben.

Der Bauunterhalt liegt mit einem Plan von ca. 3,4 Mio. Euro auf dem Niveau des Vorjahres. Er wurde in den Jahren 2018 bis 2020 um mehr als 3 Mio. Euro überschritten. Diese Überschreitungen wurden durch Finanzmittel des Landkreises finanziert, die Kommunen also nicht belastet. Für 2021 sieht das vorläufige Ergebnis bis jetzt eine deutliche Unterschreitung vor, die Endabrechnung bleibt abzuwarten. Was die Leistbarkeit, auch in Betracht des Marktes, angeht, und im Sinne einer nachhaltigen Haushaltsplanung sehen wir diesen Ansatz als realistisch. Geforderte Einsparungen durch ein weiteres Verschieben anstehender Instandhaltungen unserer Kreisstraßen sehen wir kritisch. Es geht hier um die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger.

Die im Bereich der Jugendhilfe um 900TSD. Euro und im Bereich Soziales und Jugend um 1,2 Mio. gestiegenen Zuschussbedarfe sind absolut gerechtfertigt, stimmen uns als SPD-Fraktion jedoch sorgenvoll. Pandemiebedingt gestiegene Fallzahlen, auch im Bereich häuslicher Gewalt, fordern hier nicht nur den Landkreis, sondern unsere Gesellschaft als Ganzes zum Handeln auf. Auch die Zuschussbedarfe im Bereich des SGB II und des SGB XII stehen für uns außer Frage.

Was die technische Ausstattung unserer Schulen angeht, sehen wir den Landkreis auf einem guten Weg. Der damit verbunden Mehraufwand für Systembetreuung und Instandhaltung soll durch die Zusage von Fördermitteln seitens der Staatsregierung finanziert werden. Wir begrüßen die Ausstattung der kreiseigenen Schulen mit Luftfiltern als Beitrag den Präsenzunterricht aufrechterhalten zu können.

Ein starker Einbruch der Fahrgastzahlen stellt eine große Herausforderung für den öffentlichen Personennahverkehr dar. Die dadurch gesunken Einnahmen können lt. der vorläufigen Ergebnisrechnung wahrscheinlich auch nicht durch Ausgleichszahlungen kompensiert werden. Durch die für 2022 veranschlagte Minderung des Zuschussbedarfes um 1,1 Mio. Euro, geht man jedoch von einer Erholung aus. Dies ist aus einer Erhöhung der Erträge auf 9,1 Mio. Euro abzuleiten. Für uns als SPD-Fraktion scheint das sehr optimistisch. 20 Prozent der Abo-Kunden haben sich sicher auch pandemiebedingt gegen den ÖPNV entschieden. Zudem fehlen nach wie vor wichtige Erhebungsdaten. Der Start einer dazu in Auftrag gegebenen Studie wurde nochmals nach hinten verschoben. Für uns alle stellt sich die Frage, welche Auswirkungen die Pandemie auf das Mobilitätsverhalten unserer Bürgerinnen und Bürger hat.

Der Wegfall der 5-Uhr-Frühverbindung per Zug aus dem Sinngrund nach Gemünden ist für uns völlig inakzeptabel. Hier kam es eindeutig zu Kommunikationsfehlern zwischen der BEG und dem Landratsamt. Das alleinige Verweisen auf eine geringere Fahrgastzahl ist für die spezielle Situation unseres Flächenlandkreises nicht ausreichend. Gerade für eine Region wie den Sinngrund muss unter dem Aspekt

„Gleiche Lebensbedingungen in Stadt und Land“ sofort gehandelt werden. Wir fordern die Verwaltung auf, die fehlende Zugverbindung bis zum Fahrplanwechsel 2023 mit einer Busverbindung zu kompensieren, und sich dafür einzusetzen, dass ab 2023 wieder ein Zug zur ursprünglichen Zeit fährt.

Sehr geehrte Frau Landrätin, wehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns gemeinsam zu einem Biosphärenreservat im Spessart bekannt. Die SPD im Landkreis befasst sich seit einer Klausurtagung im Oktober 2020 sehr intensiv mit dem Thema. Es war wichtig, dass wir als Gremium von Anfang an gemeinsam, und nicht von einer Partei vorangetrieben, diesen Prozess begleiten. Bei einer Fahrt in die Rhön konnten sich zahlreiche Mitglieder des Gremiums vor Ort informieren. Die Verwaltung hat für sich zudem weitere wichtige Informationen in andere Reservaten eingeholt. Heute haben wir den Beschluss gefasst, eine Machbarkeitsstudie unter Federführung des Landkreises durchzuführen. Es gilt nun die weiteren Schritte so transparent wie möglich zu gestalten, alle Interessensgruppen einzubinden und alle Vor- und Nachteile sachlich zu diskutieren.

Unser Landkreis wird fahrradfreundlicher. Die dafür eingestellten Haushaltsmittel begrüßen wir natürlich sehr. Auch eine damit verbundene Stellenmehrung lässt eine gewisse Priorität erahnen. Unser Antrag hätte aber deutlich früher behandelt werden können.

Wir wollen, dass die Werntalbahn wieder reaktiviert wird. Ein erster Schritt wurde durch einen Kreistagsbeschluss gefasst, doch der Weg ist noch lang und das eine oder andere dicke Brett muss mit Sicherheit noch gebohrt werden. Auch hier hätten wir uns gewünscht, dass es unser Antrag schneller ins Gremium geschafft hätte.

Die heutige Zeit verlangt es, dass wir die Digitalisierung unseres Amtes weiter vorantreiben. Eine bisher regelmäßig erfolgte Berichterstattung zeigt, dass die dafür notwendige Priorität und vor allem die erforderliche Motivation vorhanden ist. Da sollte es doch ein Leichtes sein, Protokolle mit den öffentlichen Inhalten unserer Sitzungen in digitaler Form auf der Internetseite des Landkreises für unserer Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung zu stellen.

Über Beiträge zu Sitzungen des Kreistags und der Ausschüsse in den sozialen Medien sollte dieses ebenfalls per Link einfach abzurufen sein. So könnte man sicher auch bei jüngeren Menschen Interesse an der Arbeit die Gremien wecken.

All diese, und noch viele weitere Aufgaben und Vorhaben müssen auch personell zu bewältigen sein. Deshalb möchte ich hier zum Stellenplan und den damit verbundenen Personal- und Versorgungsaufwendungen überleiten.

Nach teils hitzigen Debatten im letzten Jahr schien eine erneute Stellenmehrung von 17,5 Stellen und Aufwandsteigerung von etwas mehr als 1,7 Mio. Euro auf den ersten Blick schwer vermittelbar. Im Gespräch mit unserer Fraktion konnten die Herren Streitenberger und Widmer jedoch offene Fragen beantworten. Sie haben die wesentlichen Herausforderungen klar benannt. Die großen Probleme bei der

Besetzung von Stellen der QE3, die Nichtbesetzung staatlicher Stellen durch die Regierung von Unterfranken und der weiter gestiegene Personalbedarf bei der Bekämpfung der Pandemie müssen hier genannt werden. Werte Kolleginnen und Kollegen, auch die von uns gefassten Beschlüsse werden Personal zusätzlich einbinden und auch für die eine oder andere Stellenmehrung verantwortlich sein. Das ist uns bewusst – und das müssen wir zukünftig noch stärker berücksichtigen. Selbstkritisch müssen wir uns also fragen, ob jeder Antrag sein muss. Positiv hervorzuheben sind die Ausbildung eigener Nachwuchskräfte und das vorgestellte Personalentwicklungskonzept. Wir sehen durch die erläuterten Maßnahmen das Landratsamt auf dem Weg zu einem modernen, fürsorglichen und für seine Beschäftigten Chancen bietenden Arbeitgeber. Dies ist aus unserer Sicht für die Gewinnung von Fachkräften unabdingbar und wird hoffentlich zu einer niedrigen Fluktuation in der Zukunft beitragen, was zugleich einen deutlich geringeren Kosten- und Personalaufwand bei der Einarbeitung mit sich bringen würde.

Leider nimmt unser Landkreis keinen vorderen Rang im Bereich des Schuldenstandes und der Pro-Kopf-Verschuldung ein. Durch neue Kredite im Jahr 2022 steigt diese sogar auf 465 € je Einwohner. Wir alle wissen, dass sich diese in den kommenden Jahren noch erhöhen wird. Eine Situation die wir als SPD-Fraktion etwas mit Sorge betrachten. Trotzdem sind wir der festen Überzeugung, dass die Beschlüsse, die zu unserer Verschuldung führen, absolut notwendig und richtig waren. Für unsere Bürgerinnen und Bürger wollen wir eine bestmögliche medizinische Versorgung und moderne Pflegeheime. Das neue Zentralklinikum, ein neuer Campus in Marktheidenfeld und ein neues Pflegeheim in Gemünden sind dafür elementare Bausteine. Für unsere Schülerinnen und Schüler wollen wir attraktive und sichere Schulstandorte. Ein weiteres Verschieben der Baumaßnahmen am Schulstandort Marktheidenfeld darf es daher nicht geben. Für uns als Fraktion steht zudem fest, dass durch ein neues Bauvorhaben kein bereits bestehendes an Priorität verlieren darf. Die Sanierung des FLG muss also lückenlos fortgesetzt werden. Zeitgleich gilt es andere Einrichtungen wie die Förderschule in Karlstadt nicht aus dem Blick zu verlieren.

Ja, das sind große Herausforderungen. Personell und finanziell. Und bei der Finanzierung darf eine Erhöhung der Kreisumlage nur die allerletzte Ultima Ratio sein. Denn auch die Kommunen in unserem Landkreis brauchen freie Finanzspannen um dringend notwendige aufgeschobene, aber auch im Sinn einer nachhaltigen Entwicklung wünschenswerte Investitionen tätigen zu können. Durch eine gut abgestimmte Ausführungsplanung kann das gelingen.

Ich möchte es nochmal wiederholen, aus Sicht der SPD-Fraktion sind unsere Beschlüsse notwendig und richtig.

Unser Eigenbetrieb kämpft nach wie vor mit den unmittelbaren Auswirkungen der Pandemie. Das Personal leistet seinen Dienst am Rande der Belastungsgrenze. Trotzdem ist es gelungen viele wichtigen Projekte weiter voranzutreiben. Hier sei nur der Standort Marktheidenfeld, die Digitalisierung und die dringende notwendige

Prozessoptimierung in der Finanzverwaltung zu nennen.

Sehr geehrte Frau Landrätin, wehrte Mitglieder der Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen, vereinzelte verbale Entgleisungen des letzten Jahres stehen diesem Gremium nicht gut. Lassen Sie uns in Zukunft weiter konstruktiv, wenn nötig auch hitzig, aber sachlich und respektvoll miteinander debattieren, um die im Ergebnis besten Beschlüsse zum Wohle unseres Landkreises zu fassen. Hierfür wünschen wir uns eine noch etwas bessere sachliche Aufarbeitung, vor allem aber eine frühere Zusendung wichtiger Informationen zu Sitzungen.

Unser Dank gilt allen Mitgliedern der Verwaltung und den Angestellten unseres Eigenbetriebes, die auch im letzten Jahr unter den schweren Bedingungen der Pandemie großartiges geleistet haben. Unser herzlicher Dank vor allem auch allen ehrenamtlich tätigen Menschen in unserem Landkreis.

Im Kreisausschuss habe ich gesagt, dass es auf den ersten Blick nichts zu erkennen gibt, dass diesen Haushalt guten Gewissens ablehnen lässt. Auch ein zweiter und dritter Blick lassen keine andere Bewertung zu. Konstruktive Gespräche und fundierte Vorstellungen der Einzelpläne in den Ausschüssen führen zu dem Ergebnis, dass die SPD-Fraktion dem Haushalt, dem Stellenplanhaben, sowie dem Wirtschaftsplan und dem Stellenplan des Eigenbetriebes einstimmig zustimmen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
die großen Herausforderungen der nächsten Jahre lösen wir nur gemeinsam und mit diesem Haushalt gehen wir eine große Verbindlichkeit ein. Ein einstimmiges Ergebnis wäre ein deutliches Zeichen für Geschlossenheit und Zusammenhalt.  
Geschlossenheit und Zusammenhalt sind es, was es in dieser beunruhigenden Zeit braucht.

Vielen Dank für Ihre Geduld.